



Frank Tempel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Frank Tempel, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Aktionszentrum Forum Rauchfrei
z.Hd. Herrn Johannes Spatz
Müllenhoffstraße 17
10967 Berlin

Berlin, 24.07.2015

Bezug:
Anlagen:

Frank Tempel, MdB

Drogenpolitischer Sprecher der
Bundestagsfraktion DIE LINKE.

stellv. Vorsitzender des
Innenausschusses
stellv. Mitglied im Sportausschuss
stellv. Mitglied im Ausschuss für
Gesundheit

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 3111
Telefon: +49 30 227-74343
Fax: +49 30 227-76342
frank.tempel@bundestag.de

Bürgerbüro Altenburg:

Moritzstr. 4
04600 Altenburg
Telefon: +49 03447-579045
Fax: +49 03447-579046
frank.tempel.ma04@bundestag.de
frank.tempel.ma05@bundestag.de

Bürgerbüro Greiz:

Carolinenstr. 46
07973 Greiz
Telefon: +49 03661-456154
Fax: +49 03661-3157
frank.tempel.ma06@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Spatz,

vielen Dank für Ihr Schreiben, das ich im Namen der gesamten Fraktion beantworten möchte. Die Bekämpfung der gesundheitlichen und gesellschaftlichen Schäden durch Tabakkonsum hat in der Gesundheits- und Drogenpolitik der LINKEN eine hohe Priorität. Wir unterstützen die verschärfenden Regelungen der neuen Tabakproduktrichtlinie der EU, vor allem auch die erweiterten Warnhinweise. Es kommt nun auf die Umsetzung in Deutschland an. Wir erwarten von der Bundesregierung beziehungsweise der Koalition, dass sie über die EU-Regelungen hinausgehen, um Anreize zum Tabakrauchen so weit wie möglich abzustellen.

In Sachen Tabakwerbung spielt Deutschland seit vielen Jahren eine außerordentlich traurige Rolle: Schon 1999 hätte EU-weit ein Werbeverbot kommen können – hätte die damalige Bundesregierung es nicht durch Klage vor dem Europäischen Gerichtshof verhindert. Deutschland ist nach wie vor eines von wenigen Ländern, das Außenwerbung für Tabakprodukte erlaubt und auch sonst das Tabakrahmenübereinkommen nur unvollständig umsetzt. Nicht umsonst wurde die Bundesregierung von der Tabakindustrie als Verbündete in Europa bezeichnet. Das Nationale Gesundheitsziel „Tabakkonsum reduzieren“ bleibt eine Feigenblattpolitik.

Umso mehr habe ich mich gefreut, als der Referentenentwurf aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein komplettes Werbeverbot für Tabakprodukte vorsah. Jedoch hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel bereits angekündigt, diese Regelung zu verhindern. Ich kann die Argumentation von



Gabriel nur als zynisch und kurzsichtig empfinden. Die gesellschaftlichen Schäden, die durch Tabakkonsum angerichtet werden, sind um ein Vielfaches höher als alle Einnahmen. Letztlich handelt es sich wieder einmal um die Privatisierung von Gewinnen, während die Schäden von der Allgemeinheit (Steuer- bzw. Beitragszahlende in Kranken- und Rentenversicherung) geschultert werden müssen. Dass Gabriel hier mit der Berufsfreiheit argumentiert, ist ein Skandal.

Doch unabhängig davon gilt: Gesundheit ist ein Grund- und ein Menschenrecht und es ist die Pflicht die Staates, die Gesundheit der Menschen zu schützen. Das muss wichtiger sein als Überlegungen zur Wirtschaftsförderung oder zum Steueraufkommen. Die bisherigen Werbeeinschränkungen haben sich als nicht ausreichend wirksam erwiesen. Die Marketingausgaben der Tabakindustrie haben sich seitdem sogar noch erhöht, wie unsere Kleine Anfrage zeigte (Bundestagsdrucksache 17/11613).

Die Tabakindustrie ist eine todbringende Industrie. Alle Möglichkeiten zur Umsatzmaximierung sollten daher untersagt werden. Das betrifft insbesondere alle Arten von Marketing inklusive Außenwerbung, Sponsoring von Veranstaltungen, sogenanntes Viral Marketing (z.B. Werbung in sozialen Netzwerken unter Vortäuschung, selbst Privatperson zu sein), Werbung auf Gegenständen wie Aschenbechern und Sonnenschirmen, Werbung am Verkaufsort etc.). Eine besonders perfide Art des Marketings ist die Finanzierung von sozialen Projekten und Veranstaltungen. Selbst wenn dort nicht direkt für Tabakprodukte geworben wird, dienen solche Aktivitäten der Imagepflege und letztlich ebenso der Absatzmaximierung. Ich selbst nehme grundsätzlich nicht an Veranstaltungen teil, die erkennbar von der Tabakindustrie finanziert werden und rufe auch alle Kolleginnen und Kollegen auf, das nicht zu tun.

Im Bundestag habe ich mit meiner Fraktion beantragt, das Tabakrahmenübereinkommen endlich umzusetzen und ein vollständiges Tabakwerbeverbot einzuführen (Drucksache 17/12838). In dem Antrag ist auch eine kurze Übersicht über die unrühmliche Rolle, die Deutschland in dieser Frage gespielt hat, zu finden. Leider haben diesem Antrag die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und auch die SPD nicht zugestimmt, sonst hätte



das Werbeverbot bereits vor Jahren Wirklichkeit werden können. Die Umsetzung der EU-Tabakproduktrichtlinie bietet erneut die Chance, das Werbeverbot umzusetzen. Ich hoffe sehr, dass sich die Abgeordneten aller Fraktionen, die für ein Werbeverbot einstehen, gemeinsam durchsetzen werden. Ich und meine Fraktion stehen solch einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit offen gegenüber und fordern die Abgeordneten der Koalition auf, sich nicht von einseitigen wirtschaftspolitischen Interessen unter Druck setzen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Frank Tempel'. The signature is fluid and cursive, with a prominent initial 'F'.

Frank Tempel